

Hetzjagd mit Zuschauer

Die Universität Frankfurt schaut der Kampagne gegen das Forschungszentrum Globaler Islam schweigend zu. Wieder einmal wird einer Professorin die Solidarität versagt.

Von THOMAS THIEL



© Rosa Burczyk Susanne Schröter, Professorin am Institut für Ethnologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main während ihrer Rede bei der Migrationskonferenz

Wir sollten die Universität Frankfurt lieber nicht stören, sie befindet sich gerade in einem Reflexionsprozess, dem sie laut Pressestelle nicht vorgreifen will. Es geht um die Frage, wie die Abläufe bei der vom Forschungszentrum Globaler Islam veranstalteten Migrationskonferenz zu bewerten sind. Universitätspräsident Enrico Schleiff war hier schnell mit einer Verurteilung des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer zur Hand und forderte am Tag nach der Konferenz eine Entschuldigung für dessen rassistische Äußerung. Dabei war Palmers Unterscheidung zwischen direktem und indirektem Gebrauch des Wortes „Neger“ juristisch betrachtet wohl nicht zu beanstanden, man konnte die mehrfache Verwendung des Wortes durch Palmer taktlos finden. Berechtigt war die Kritik des Präsidiums an Palmers „Judenstern“-Vergleich. Er ist ins Verhältnis zu setzen zum höhennenden Mob, der ihn vorher zum Nazi stempelte.

Eine öffentliche Verurteilung der Mobbingkampagne gegen die veranstaltende Ethnologie-Professorin Susanne Schröter hat sich das Präsidium bislang nicht abringen

können. Sprachlos steht es vor der Tatsache, dass Besucher und Redner der Konferenz auf dem Frankfurter Campus über Stunden hinweg als Nazis und Rassisten beschimpft wurden. Schleiff will dazu erst eine „sachorientierte Befassung“ vornehmen. Das gilt auch für die eigentlich leicht zu beantwortende Frage, warum die Universität eine Erklärung des Instituts für Ethnologie, welche die Konferenz scharf verurteilte, prominent auf ihrer Website platzierte, obwohl sie von niemandem unterzeichnet war. Nicht allzu schwer dürfte auch zu ermitteln sein, welche Anstrengungen das Forschungszentrum Normative Ordnungen unternommen hat, um herauszubekommen, wer das Plakat mit der Forderung nach Schröters Rausschmiss am Konferenztag in dem Forschungszentrum angebracht hat. Nur Mitarbeiter haben dort Zutritt. Die Universität schweigt auch dazu. Das ist umso erstaunlicher, als bislang die Belege für den breiträumigen Rassismusvorwurf gegenüber allen Teilnehmern und Rednern der Konferenz fehlen.

In der Woche nach der Konferenz folgte der nächste Akt der Mobbingkampagne. Schauplatz: Campus Westend. Rund hundert Studenten hatten sich dort versammelt, um ein weiteres Mal die Entlassung von Susanne Schröter und die Schließung des Forschungszentrums Globaler Islam zu fordern. Um 13.12 Uhr ging es los. Warum genau dann? One-three-one-two ist die numerisch codierte Buchstabenfolge für „All cops are bastards“. Das war das Niveau der dort betriebenen Gesellschaftskritik. Wieder wurden die Redner der Migrationskonferenz ausnahmslos als Rassisten und Sexisten verurteilt. Beleg? Dazu wollen wir nichts sagen, sagen zwei der Mitveranstalterinnen im Gespräch mit dieser Zeitung und verweisen auf die Pressemitteilung, die aber auch keine Belege enthält.

Rufmordkampagnen auf dünnster Basis

Ein Redner der „Studis gegen rechte Hetze“ bemüht am Mikrofon das Kontaktschuld-Argument und wirft Schröter vor, kein Arabisch zu können oder dass einer ihrer Gäste, Alice Schwarzer, vor fünf Jahren eine Demonstrantin angefasst habe, am Arm wohlgerührt, in freundlicher Absicht und etwa eine Zehntelsekunde lang. Macht das Schröter und die anderen Konferenzteilnehmer zu Sexisten oder Rassisten? Ein anderer Redner der „Studis gegen rechte Hetze“ sagt auf Nachfrage genervt: „Machen Sie Ihre Arbeit selbst.“ Er habe viele Rassismus-Belege im Konferenz-Livestream gefunden, will sie aber nicht mitteilen. Ende der Veranstaltung.

Die „Studis gegen rechte Hetze“ sind dem Präsidium gut bekannt. Sie traten vor drei Jahren mit einer Prügel- und Spuckattacke gegen eine unter anderen von Exil-Iranerinnen veranstaltete Podiumsdiskussion zum Kopftuch hervor. Die Aktivisten meinten die Iranerinnen wohl darüber belehren zu müssen, dass das Kopftuch auch im Land der Mullahs ein Symbol der Freiheit ist. Die Polizei beendete damals den Spuk. Das Präsidium verurteilte die Störaktion. Man muss über die „Studis gegen rechte Hetze“ nicht viel Worte verlieren. Sie treten als Antirassisten, Antisexisten und anti-antimuslimische Aktivisten auf, haben eine sehr vorteilhafte Meinung von sich und fühlen sich berechtigt, auf dünnster Basis Rufmordkampagnen zu führen.

Das wäre nur eine Marginalie, wenn die Verleumdungen bei manchen Wissenschaftlern nicht auf fruchtbaren Boden fielen und vom Präsidium hingenommen würden. Mit Belegen geizt auch der offene Brief des Bayreuther Exzellenzclusters „Africa Multiple“, das sich zum Richter über das Forschungszentrum Globaler Islam aufschwang. Von „Schande“ und „weißer Nekropolitik“ ist in dem Papier die Rede. Spätestens an dieser Stelle ist eine Universität dazu aufgerufen, sich schützend vor ein Institut zu stellen oder Belege für die Angemessenheit des Vorwurfs zu bringen und Maßnahmen zu ergreifen. Nichts davon geschah. Das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit kritisierte die Bayreuther Erklärung zu Recht als Ausdruck sprachlicher Verrohung. Rückhalt bekam Susanne Schröter auch von einer mittlerweile auf mehr als achthundert Unterschriften gewachsenen Solidaritätsliste, die der Rechtswissenschaftler Christian Majer initiiert hat. Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem die ehemalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und der Schriftsteller Prinz Asfa-Wossen Asserate.

Es wird nun nicht nur zu klären sein, ob die Nazis-raus-Chöre selbst ein justiziabler Übergriff gewesen sind. Eine Anzeige ist mittlerweile eingegangen. Die Antwort hängt davon ab, ob ein direkter Bezug zu einem Individuum oder einer Gruppe belegbar ist. Das dürfte schwierig werden. Anders steht es mit der Frage, ob die Universitätsleitung die Pflicht hatte, die Veranstalter der Konferenz zu schützen, sei es durch polizeiliches Eingreifen oder durch eine öffentliche Distanzierung von den Demonstranten.

„Eine Hochschule muss sich überlegen, wie sie Wissenschaftler und Veranstalter in einem solchen Kontext schützt. Das ist ein aus der Wissenschaftsfreiheit folgender rechtlicher Anspruch des Wissenschaftlers“, sagt der Rechtswissenschaftler Josef Franz Lindner von der Universität Augsburg dieser Zeitung. Lindner, der selbst zu gesellschaftlich strittigen biomedizinischen Themen wie Abtreibung und Sterbehilfe lehrt, weist auf die

einschüchternde Wirkung der Störaktionen hin. Wer die Frankfurter Hexenjagd erlebt hat, wird sich wohl kaum noch trauen, eine Konferenz zum Kopftuch oder zur Migrationspolitik auszurichten, die sich auch mit kritischen Aspekten befasst. Dass sich die Universität bislang nicht zu einer differenzierten Bewertung durchringen kann, setzt ein fatales Signal. „Wann der Prozess der Aufarbeitung beendet sein wird und mit welchem Ergebnis, steht noch nicht fest“, schreibt die Pressestelle. Ob da noch etwas kommt?

Quelle: F.A.Z.